

Karl Aiginger¹

Auch erfolgreiche Transformationen erleben kritische Momente

Wie man verhindert, dass ein historischer Erfolg Europa sprengen könnte

Manuskript für die Europäische Rundschau Juli 2019²

Aufbau und Ziel

Europa hat gewählt. Das Interesse der Bürger ist steigend, wie die Wahlbeteiligung zeigt. Die Polarisierung ist ausgeblieben die Parteien der Mitte haben gewonnen. Grüne und Liberale werden nun von den Mainstreamparteien für eine Mehrheit gebraucht. Dennoch fehlt der EU eine Strategie, und die Richtung, in die die Mitglieder steuern, geht auseinander. Gerade in Polen und Ungarn, die hohe EU-Förderungen erhalten, wird der Wunsch nach alten Mustern, nie vorhandene Homogenität der Bevölkerung und "nationalen Entscheidungen" von der Regierung gefördert. Dies geschieht teilweise mit dem expliziten Wunsch, das liberale Demokratiemodell wieder gegen eine autoritäre Führung auszuwechseln und die unabhängige Gerichtsbarkeit sowie freie Presse auszuhebeln. Mit dünnen Mehrheiten sollen langfristige Entscheidungen ohne Einmischung aus Brüssel getroffen werden.

Dieser Artikel belegt das Tempo des Aufholprozesses in Zentral- und Osteuropa, das wir als EU- 10³ bezeichnen. Wir definieren das Konzept der illiberalen Demokratie, empfehlen aber eine gewisse Zurückhaltung in der Kritik, da auch Regierungssysteme in Ländern mit längerer Erfahrung als Demokratie keineswegs perfekt sind. Wir diskutieren Strategien, wie Europa jene Länder, die zur illiberalen Regierungsform tendieren, zum liberal-demokratischen System zurückführen könnte u.a. durch (i) Kommunikation in sozialen Medien, (ii) Institutionen mit Beteiligung von Emigranten und (iii) eine mutige, gut kommunizierte EU-Strategie zur Verbesserung der Lebenschancen. Dann kann Europa gemeinsam die Globalisierung mitgestalten, die zunehmend von China dominiert wird, und wo ein einzelnes nach innen orientiertes Land keine Chance mitzuwirken hat.

Konsequenzen von Transformationen

Auch heute – dreißig Jahre nach der Ost Öffnung und 15 Jahre nach dem Beitritt der ersten acht zentral- und osteuropäischen Länder am 1. Mai 2004 - ist die Stimmung im Grunde genommen positiv, Nach allen verfügbaren Umfragen (ÖGfE, Eurobarometer, Globsec) will kein Land austreten bzw. den Beitritt rückgängig machen. Auch die Frage, ob die Bürger und Bürgerinnen die EU grundsätzlich positiv sehen, wird von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung bejaht. Relativ euroskeptisch ist die Tschechische Republik, interessanterweise liefert Polen die zweitpositivste Einschätzung – wohl, weil der EU-Beitritt Polen zu einem festen Mitglied des "Westens" gemacht hat. Auch die ungarische Bevölkerung würde bei einer Volksabstimmung mit rund 75% für den Verbleib in der EU stimmen (Globsec 2019). Dennoch steigen die Spannungen zwischen den Regierungen in

¹ Karl Aiginger, Querdenkerplattform: Wien-Europa (PCC Vienna-Europe), www.querdenkereuropa.at; karl.aiginger@querdenkereuropa.at, Professor für Wirtschaftspolitik an der WU Wien, Vorsitzender der Schumpeter Gesellschaft Wien.

² Der Autor dankt Kurt Bayer, Fritz Breuss, Heinz Handler, Susan Milford-Faber, Judith Kohlenberger, Michael Landesmann, Johannes Stattmann und Ewald Walterskirchen für Kritik und Irene Langer für wissenschaftliche Assistenz

³ Als EU-10 werden die zentral- und osteuropäischen Länder bezeichnet, die 2004 beigetreten sind (Tschechien, Slowakei, Ungarn, Polen, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen) sowie Bulgarien und Rumänien (Beitritt 2007), bezeichnet. Zypern und Malta (beigetreten 2004) und Kroatien (beigetreten 2013) werden hier nicht eingeschlossen. EU-15 sind die Mitglieder bis zur sogenannten Osterweiterung.

der EU-10 und in "Westeuropa", viele Entscheidungen werden nicht mitgetragen, eine Blockbildung zeichnet sich ab.

Die Geschichte lehrt auch, dass große Veränderungen nie linear erfolgen, sondern einmal schneller, einmal langsamer. Und auch wenn sie langfristig für alle Vorteile bringen, gibt es kurzfristige Gewinner und Verlierer. Auch bei der Transformation der früheren sozialistischen Staaten zur Marktwirtschaft sind Regionen, Altersgruppen und Berufe nicht gleichermaßen betroffen; die Einkommensverteilung wurde gespreizt, die Rolle der Frauen ändert sich, weil ihre Erwerbsbeteiligung nicht gesichert ist. Privilegierte Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie und in den parteinahen Institutionen gingen verloren. Das Tempo der Annäherung an westliche Einkommen ist daher nicht hinsichtlich Regionen und nach Branchen, Altersklassen und Qualifikationen ungleich.

Belastungen und Widerstand gibt es schon bei graduellen Veränderungen. Dies zeigt sich etwa bei der von Jahrzehnt zu Jahrzehnt steigenden Globalisierung und der Diffusion von neuen Technologien: und daher noch mehr bei Revolutionen und Regimewechsel. Mit der Annäherung Chinas an die Marktwirtschaft haben sich zunächst die Lebensbedingungen für viele verschlechtert, weil die Landbevölkerung – nachdem sie durch die Reformen aus der bittersten Armut befreit worden war- in die Städte zog und statt Wohlstand, Elendsquartiere und Ausschluss von sozialen Rechten erlebt. Noch weiter zurück- in der ersten industriellen Revolution ist Armut, Nacht- und Kinderarbeit entstanden, wie sie in den "Webern" von Gerhard Hauptmann eindrucksvoll beschrieben wird. Die neuen "Mächtigen", die kapitalistische Klasse, konnte erst später in ihrer Willkür eingegrenzt werden- durch die marxistische Lehre, Gewerkschaften und das Modell der sozialen Marktwirtschaft. Als drittes aktuellstes Beispiel disruptiver Innovationen, hat die Energiewende ehemalige Kohlereviere und Zechen zu "vergessenen Regionen" gemacht. Privilegierte - allerdings auch unter Lebensgefahren arbeitende Kumpels – wurden zu Beziehern von Sozialleistungen, wenn es keine Neuansiedlung von anderen Firmen gab.

Wo rascher Wandel erfolgt, entsteht Unzufriedenheit und Nostalgie, auch wenn die Veränderung langfristig für die überwiegende Mehrheit positiv ist. Gleichzeitig reißen. "Oligarchen" legal und illegal Vermögen an sich. Sie kooperieren mit den politischen Machthabern, zahlen deren Kampagnen an die Macht zu kommen und diese auszubauen. Brutalität und Abschaffung von Bürger- und Mitbestimmungsrechten wird kombiniert mit neuem Reichtum in der Hand weniger. Und die EU kann diese mit Förderungen nicht verhindern, da auch diese oft umgelenkt werden. Wenn autoritäre Populisten einfache Lösungen versprechen und Feindbilder aufbauen, wird ihnen geglaubt.

Erfolgsbilanz der Osterweiterung in Zahlen

Die Osterweiterung der EU ist ein ökonomischer und politischer Erfolg. Ein sehr großer, wie die Weltbank festgestellt hat, wenn sie Europa als "Integrationsmaschine" bezeichnet (Gill and Raiser, 2012). Noch nie in der Geschichte habe die grundlegende Transformation eines Wirtschaftssystems so schnell funktioniert, in diesem Fall von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft.

Die mittel und ostereuropäischen Staaten haben seit 1995 ihre reale Wirtschaftsleistung mehr als verdreifacht⁴, das *kumulative Wachstum* der zehn Beitrittsländer (EU-10) lag bei 208%, verglichen mit 105% in Westeuropa (EU-15). Das ergibt für die jährliche Dynamik der Wirtschaftsleistung einen Unterschied von 5% gegenüber 3% für die Gesamtperiode 1995-2018. Vor der Finanzkrise lag die Wachstumsdifferenz bei 2 Prozentpunkten pro Jahr (6.3% vs. 4.3%), nachher bei 1.6%. (3.3% gegenüber 1.7%). Dass der Aufholprozess langsamer wurde, ist somit eine Fehlinterpretation. Die absolute Differenz zwischen niedrigen Wachstumsraten ist immer geringer als bei höheren.

Das *Niveau* der Wirtschaftsleistung pro Kopf liegt damit heute preisbereinigt bei 67% von Westeuropa (EU-15), 1995 war es nur bei 38% gelegen. Das Einkommen pro Kopf ist somit höher als in vielen

⁴ Preisbereinigt, d.h. zu Kaufkraftparitäten

Regionen in Westeuropa. Die Tschechische Republik und Slowenien haben nun 84% bzw. 81% erreicht, 1995 war es 65% bzw. 64%. In Bratislava ist das Pro Kopf Einkommen so hoch wie in Wien.

Warum dann trotzdem Unzufriedenheit?

Die Enttäuschung könnte das darauf zurückzuführen sein, dass ein noch schnellerer Anstieg der Einkommen erwartet worden war ("blühende Wiesen im nächsten Frühling"). Dieser Artikel argumentiert aber, dass es vier *tieferen Ursachen* gibt.

- Erstens den *Rückgang der Bevölkerung*. Während die Bevölkerung in der gesamten EU stagniert, und erst in den nächsten Jahren zu schrumpfen beginnt, ist sie in Mittel- und Osteuropa schon seit einigen Jahren rückläufig. Das hat drei Ursachen: erstens die starke Emigration vor allem der jüngeren und männlichen Bevölkerung. Zweitens liegt die Kinderzahl mit 1,4 pro Paar von Erwachsenen deutlich unter der natürlichen Reproduktionsrate von 2 liegt, bei der die Bevölkerung stabil bleibt; drittens ist die Zahl der Immigranten gering.

Die drei Faktoren zusammen haben einen Rückgang der Bevölkerung von 6% zwischen 2000 und 2020 und dann *von weiteren 20% bis 2050* zu Folge. Noch dramatischer ist der Rückgang *der jungen Bevölkerung*. Die Zahl der 20- bis 30-Jährigen sinkt zwischen 2000 und 2050 in Zentral- und Osteuropa im Schnitt um 45%. Sie geht in Bulgarien, Lettland, Litauen und Rumänien um mehr als die Hälfte zurück (Übersicht 2). Die Halbierung der jungen Bevölkerung führt zu einem Qualifikations- und Innovationsdefizit und zu einem Mangel an Arbeitskräften, es entstehen keine endogenen Innovationszentren und Firmenlandschaften. Multinationale Konzerne überlegen bei jeder Ansiedlung, ob es genügend qualifizierte Arbeitskräfte gibt. Die Pensions-, Gesundheits- und Sozialsysteme sind überlastet und alles das ist stärker abseits von Städten in den "vergessenen" Regionen. Eine Stabilisierung der Bevölkerung mit jungen Migranten wird entschieden abgelehnt. Die Opposition gegen Zuwanderung steigt dann noch einmal durch gezielte negative Berichte über Migranten, vor allem wenn man diesen noch nie Kontakte hatte. ⁵Populistische Regierungen nutzen diese Einstellung. Wenn sie doch einsehen, dass Immigration notwendig ist, bevorzugen sie diese aus noch östlicheren Ländern (Ukraine, Georgien und Armenien). Viktor Orbán hat die Notwendigkeit den Bevölkerungsrückgang zu stoppen erkannt, da schon Dörfer veröden und Schulen geschlossen werden. Er fordert seine Landsleute auf, mehr Kinder zu zeugen und unterstützt das indem er Großfamilien einen SUV verspricht.

- Die zweite Ursache der Unzufriedenheit ist die Fremdbestimmung der Einkommen. Die EU-Förderungen, die in die ehemaligen Erweiterungsländer geflossen sind, sind beachtlich. Heute sind die höchsten Netto-Empfänger Litauen mit knapp über 3% der Wirtschaftsleistung, knapp gefolgt von Bulgarien, Ungarn hat beachtliche 2.7%, die Slowakei nur 1.2 % und Slowenien 0.24%. Der Schnitt in der EU-10 lag 2017 bei knapp 2 %.

Die Rücküberweisungen in die Ursprungsländer (aus dem Einkommen oder durch Kinderbeihilfen), sind in Bulgarien und Lettland am höchsten, in Ungarn betragen sie immer noch über 3 % (vgl. Tabelle 3 Weltbank). Im Schnitt liegen sie bei 2.3% der Wirtschaftsleistung.

Die Abhängigkeit von EU-Förderungen und von Rücküberweisungen aus dem Ausland, erreichen zusammen bis zu 6 % der Wirtschaftsleistung. Es wird oft unterschätzt, dass Bezieher niedrigerer Einkommen keine Almosen, sondern Lebenschancen suchen und die Möglichkeit eigene Leistungen zu erbringen. Diese Fähigkeit Veränderungen vorteilhaft zu nutzen, liefert weder das Schulsystem, noch fördert die Industriepolitik endogene Cluster rund um erfolgreiche Firmen fördert (smart diversification). Aber wenn ein Populist verspricht, Unternehmen zurückzubringen

⁵ Ausländerfeindlichkeit ist – empirisch erwiesen - umso geringer je mehr man direkten Kontakt mit Migranten und Asylanten hat.

(Trump in den USA), oder sich durch Enteignung Geld verschafft (Orban in Ungarn), dann klingt das nach Aktivität und macht Hoffnung.

- Drittens sind die Mitteln aus den Förderungen nicht bei den einfachen Menschen angekommen. Einige Wenige werden durch Korruption und Missbrauch von Förderungen aber unermesslich reich. Fehlenkungen der Strukturförderungen verhindern auch Firmengründungen, eine Verbesserung der Infrastruktur, Arbeitsplätze für Jüngere und in benachteiligten Regionen. Auch die Agrarförderung fließt primär zu Großgrundbesitzern, manchmal auch in Firmen die Grund und Boden aufkaufen.
- Viertens verbessern sich Institutionen nur langsam und es gibt Rückschläge Grieson (2019). Die EU verlangt richtigerweise im Beitrittsprozess – jetzt wieder am West-Balkan- Reformen im politischen System, im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und auch Respekt für Minderheiten und Konfliktbeilegung mit Nachbarn. Sie stand dabei immer unter Druck, dass die Erweiterung politisch gewollt war und daher schnell erfolgen sollte - auch um den Einfluss Russlands zu begrenzen. Der Prozess hat auch zu einer deutlichen Verbesserung der Institutionen geführt. Wenn es Rückfälle gibt und "Brüssel" Maßnahmen dagegen einmahnt, kann das als Einmischung von außen und Kritik an der Bevölkerung interpretiert werden, auch wenn das Fehlverhalten der Regierung gemeint ist. Mit dem Griff nach den Gerichten wird es möglich, Gesetze wieder auszuhebeln, Korruption zu erhalten oder zu verstärken. Mit der Gleichschaltung der Medien wird nicht über Korruption berichtet, sondern über Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs, die das Land "verurteilen".

Das Konzept der illiberalen Demokratie

Während intern das ungenügende Wachstum der Einkommen beklagt wird, kritisieren Wissenschaftler und Medien im "Westen" die Entwicklung in Zentral- und Osteuropa in Richtung illiberaler Demokratie. Dazu hat Viktor Orbán einen besonderen Beitrag geleistet, in dem er selbst erklärt, die Zeit sei gekommen liberale Werte aufzugeben und einen Staat zu forcieren, der mehr "auf traditionelle Werte aufgebaut". Er beschwört christliche Werte, die Homogenität des ungarischen Volkes. Er verspricht, die Umvolkung durch Zuwanderung zu stoppen und sich Beschlüssen der EU zu widersetzen einen fairen Anteil an Flüchtlingen zu übernehmen, auch wenn diese durch politische oder klimatische Katastrophen nach Europa kommen. Georg Soros sei der Initiator der "Umvolkung" die EU. Die Wahl im Mai hat er zur entscheidenden Schlacht stilisiert. Er kämpft in loser Partnerschaft mit populistischen Bewegungen in Italien, Frankreich und Österreich, sowie einer besonderen Nähe zu Putin und Russland, obwohl die russische Besatzung noch in Erinnerung sein sollte.

Da die wissenschaftliche Literatur keine eindeutige Definition von "illiberaler Demokratie" bietet, versuchen wir das mit drei Kriterien:

- Die Arbeitsteilung (checks and balances) zwischen Parlament, Regierung und Gerichten wird aufgehoben oder geschwächt.
- Das Wahlrecht wird geändert, sodass mit schwacher Mehrheit eine absolute Macht möglich wird. Wahlen werden wiederholt, Medien gekauft, Journalisten bedroht oder ausgewiesen
- Die Illusion einer tugendhaften Homogenität der Bevölkerung und von früher besseren Zeiten wird aufgebaut, Auslandsfeinde oder Bevormundung z.B. durch die EU konstruiert.

In dieser Diskussion ist zu berücksichtigen, dass es erstens Ansätze zu illiberaler Demokratie immer gegeben hat, und diese auch außerhalb Osteuropas bestehen (von Ägypten bis Venezuela). Zweitens, dass "Hybridsysteme" zwischen Demokratie und Autokratie im Übergang nach einer Diktatur oder Autokratie (Russland, Afrika) oft ein notwendiger Zwischenschritt sind. Drittens, dass illiberale Regime nicht immer erfolglos sind, wie Singapur oder China zeigen. Viertens sind westliche Demokratien bei weitem nicht perfekt, wie sich in Griechenland mit dem großen Einfluss von Militär und Reedern zeigt, in Italien mit Mafia und Kirche. In den USA, will die Bevölkerung geringere

Ungleichheit und eine engagierte Klimapolitik, aber keine Partei macht dies zum Programm. Superreiche müssen selbst auffordern mehr Steuern zahlen zu dürfen (Soros 2019), heute zahlen sie weniger "als ihre Sekretärinnen". Auch die Entscheidungsstrukturen in der EU sind nicht immer transparent, wie der Postenschacher nach den Wahlen zeigte, aber der Fortbestand von Subventionen für Kohle und andere fossile Energieträgern und das Ignorieren der Dieselschummelei.

Die größere Empfänglichkeit der früheren sozialistischen Länder für den Wunsch nach nationaler Souveränität und kultureller Homogenität erklärt Krastev (2017) mit dem von der Sowjetunion propagierten Internationalismus. Europa dürfe daher kein neues zentralistisches Imperium werden.

Zusammenfassen muss betont werden, dass man eine Trennlinie ziehen muss zwischen illiberalen Demokratien, die Gewaltenteilung, Minderheitenschutz und Menschenrechte bewusst ablehnen, und nicht immer perfekten liberalen Demokratien. Letztere räumen diesen Zielen einen hohen Stellenwert ein, sind aber in der Umsetzung nachlässig.

Strategien illiberale Systeme zurück zu führen

Wenn ein Land am Weg zu einem illiberalen Regime ist, ist es als erstes notwendig das falsche Bild zu korrigieren, mit dem Probleme überzeichnet und zukunftsweisende Lösungen blockiert werden. Zum falschen Framing gehört die Verherrlichung der Vergangenheit, die Homogenität des Volkes, die Betonung des wahren christlichen Glaubens. Diesem Bild muss eine nüchterne Analyse entgegengesetzt werden. Wie haben sich Einkommen und Ungleichheit entwickelt, warum ist die Bevölkerung geschrumpft, die Jugend ausgewandert.

Zweitens ist es wichtig eine positive Vision zu entwickeln, wo das Land 2030 sein will. Auf welchen Stärken es aufbauen kann, welche Industrien und Technologien es fördern kann und wie es attraktiv für neue Firmen, soziale und ökologische Innovationen werden kann. Die komparativen Vorteile einer Region ändern sich, und struktureller Wandel bringt immer Kosten der Veränderung, die man durch verbesserte Strategien zu Vorteilen machen kann. Das hat Südeuropa in den neunziger Jahren verabsäumt hat, als es durch die Osterweiterung Spezialisierungsvorteile verloren hat und etwas voraus sich die EU-15 vorbereiten muss, wenn der Westbalkan stärker integriert wird.

Drittens müssen die hohen EU-Strukturmittel mit Zielen verbunden werden, die von der Bevölkerung als positiv gesehen werden, wie z. B. Infrastruktur, Gründungszentren, Arbeitsplätze, saubere Luft und mehr Arbeitsplätze. "Mehr für mehr" soll die Devise sein. Es muss Strafen für Oligarchen und "Korruptionisten" die das Geld abzweigen geben, die bis zur dreifachen Schadenshöhe ("triple damage principle") zurückgefordert werden⁶. Aber Kürzungen dürfen nie als Bestrafung der Zivilbevölkerung formuliert werden, sondern immer als Folge des Versagens der Regierung.

Viertens sollten westliche Demokratien eigene Fehler eingestehen. Auch hier manipulieren Lobbys, Netzwerke und Werbung den Willen der Bevölkerung. Der Dieselskandal konnte nur aufgedeckt werden, weil die US-Industrie einen erfolgreichen deutschen Konzern schwächen wollte. Die Dringlichkeit des Klimaproblems wurde erst erkannt als eine junge Schwedin die Schule schwänzte und so unschuldig auftritt, dass ihr niemand Böses unterstellen will.

Fünftens sollten sich die Zivilorganisationen in allen Mitgliedsländern verstärkt mit den illiberalen Demokratien vernetzen, Wien und Budapest sollen Städtepartnerschaften vertiefen, Klimabündnisse schließen, auf Kulturveranstaltungen politische Fragen diskutieren. Bei Sportveranstaltungen sollen die Fans miteinander feiern. Die Jugend Österreichs muss sich gerade mit der Jugend der illiberalen

⁶ So wie es die USA getan haben, als sie sich ihre Schulden aus der Finanzkrise von europäischen Banken finanzieren ließen, die zwar auch in dubiose US-Papiere investiert haben, aber teilweise unter Druck oder fehlender Umsicht von US-Behörden

Demokratien in sozialen Medien vernetzen. Österreichs links-grüne Hochschülerschaft sollte polnische und ungarische Studenten nach Wien einladen⁷

Sechstens könnte wir vom erfolgreichen Transformationsprozess Westeuropas nach dem 2. Weltkrieg lernen. Die USA haben Europa unterstützt, das aber nicht top-down gemacht, sondern von den Empfängern Pläne und Visionen verlangt. Und die Kontrolle erfolgte nicht (nur) in Washington, sondern in Paris in einer Organisation, in der Europa die Mehrheit hatte (OEEC). Heute könnte eine "Gemischte Kontrollgruppe" im Rahmen der EU, aber mit stärkerer Beteiligungen von Ungarn und Polen, die im Ausland leben, sowie nationalen Zivilorganisationen und Experten der betroffenen Regierungen gebildet werden. Eine Kontrolle der Mittel und das Aufzeigen von Korruption hätten dann nicht den Geruch der "Einmischung Brüssels", sondern wären eine Selbstkontrolle im Interesse des Aufholprozesses und der Verbesserung der Institutionen.⁸

Zusammenfassung

Erfolgsmodell in Transformationskrise

Die Osterweiterung war ein Erfolgsmodell für die Integrationsfähigkeit der EU und für das wirtschaftliche Potential der neuen Mitglieder. Der Wachstumsabstand der neuen Mitglieder lag bei 2% pro Jahr und hat sich auch nach der Finanzkrise fortgesetzt, es wird auch 2019 wieder mehr als 2% betragen. Das Pro Kopf Einkommen der EU-10, das 1995 bei 38% der alten Mitgliedsländer gelegen war liegt nun bei 66%, mit Werten über 80% in Tschechien und Slowenien. Die Kaufkraft einiger Regionen in Zentral- und Osteuropa liegt heute über dem der mittleren Region in Westeuropa.

Gründe für Unzufriedenheit

Dennoch gibt es eine Unzufriedenheit und die Gefahr, dass Ost und West auseinanderdriften. Es werden vier Gründe genannt. Erstens haben die Beitrittsländer (EU-10) ein *Emigrationsproblem*. Die Bevölkerung im Alter zwischen 20-30 Jahren sinkt bis 2050 um 45% (in Lettland, Litauen, Rumänien und Bulgarien um mehr als die Hälfte). Zweitens wird die Entwicklung in den Oststaaten als *fremdbestimmt* empfunden. Rücküberweisungen von Emigranten plus EU-Strukturförderung, überschreiten in Bulgarien und Ungarn 6 % der Wirtschaftsleistung. Drittens kommen EU-Förderungen oft nicht bei den Menschen und in entlegenen Regionen an, sondern werden durch Korruption, Oligarchen und Missbrauch abgelenkt oder fließen in die zentralen Räume. Viertens gibt es Rückschläge bei der Verbesserung der Institutionen, in der Medienfreiheit, es kommt zu neuen Machtkonzentration und Familienclans.

Illiberale Regime und ihre Rückführung

Die Unzufriedenheit wird von Regierungen benutzt um ihre Macht auszubauen. Die Furcht vor kaum gegebener Immigration aus fremden Kulturen, wird hochgespielt um von illiberalen Tendenzen, Ungleichheit und Korruption abzulenken. Die Balance zwischen Regierung, Parlament, Gerichten und Medien wird ausgehebelt. Ausländische Regierungen, die EU und internationalen Medien, die das ansprechen, werden zu Staatsfeinden stilisiert und dann zur Zementierung der Illiberalität genutzt.

Für die Frage wie man theoretisch Illiberale Regime zurückzuführen kann, werden sechs Strategien entwickelt. Objektive Problemanalysen, eine auf Stärken aufbauende Vision, Verbindung von Strukturförderung mit Zielen der Bevölkerung. Westlichen Demokratien sollten ihre eigenen

⁷ In Ungarn und auch in der Türkei gibt es eine starke junge Opposition gegen die Regime, wie sich bei den EU-Wahlen gezeigt hat und bei der Wahlwiederholung in Istanbul. Auch in Polen gibt es unter den Jugendlichen eine liberale Mehrheit.

⁸ Im Ausland lebende Ungarn und Polen müssen in die Kommunikation und Streitbeilegungsprozesse zwischen liberalen und illiberalen Demokratien eingreifen. Die zigtausenden jungen Menschen, die in Wien als Nachkommen der Ungarnflüchtlinge von 1956 leben, sollten sich für die Jugend in der Heimat ihrer Eltern interessieren.

Schwächen zugeben, die Zivilorganisationen und sozialen Medien in alten und neuen Mitgliedern stärker zusammenarbeiten, und nationale Experten sollten gemeinsam mit Emigranten und Vertretern der EU in "gemischten Kommissionen" den weiteren Aufholprozess kontrollieren.

Nach den Wahlen zum Europaparlament müssen nun die neuen proeuropäischen Parteien der Mitte gemeinsam mit reformwilligen Konservativen und Sozialdemokraten die Europastrategie verbessert. Sie können die Friedens- und Wohlfahrtsfunktion des Erfolgsmodells EU herausstreichen und um die Führungsrolle in der Bekämpfung des Klimawandels ergänzen. Krisen müssen nicht lähmen, sie könne auch eine Energiequelle werden (Islam 2019). Ein neues Narrativ wäre "*ein Europa, das unsere Lebenschancen und Wahlmöglichkeiten erhöht*".

Optimismus ist angebracht

Umfragen belegen, dass die Bevölkerung in Zentral- und Osteuropa die Europäische Einigung positiv beurteilt. Kein Land will austreten, alle sind froh endgültig in Europa angekommen zu sein. Die Regierungspartei in Ungarn kam bei den Europawahlen kaum über 50%, und das nur dank hoher Stimmenanteilen in ländlichen Regionen. Das Stadt- Land Gefälle in der zunehmenden Kritik an autoritärem Stil und ultranationaler Rhetorik ist eine Parallele zum Verlust der Mehrheit für Erdogan in Istanbul bei der Wahlweiderholung und zugunsten eines Kandidaten der Polarisierung ablehnt.

Mit einer neuen Strategie und einer verbesserten Kommunikation der EU in Soziale Medien und eine stärkere Vernetzung der westeuropäischen NGOs und Zivilorganisationen mit jenen in Osteuropa können die Ost-West Spannung abmildern oder sogar zu einer positiven Kraft umpolen.

Die Anerkennung der Transformation als Erfolgsmodell mit dem Verbesserungsbedarf in der EU ermöglichen auch die weiteren Integrationsschritte für den Westbalkan und die Länder der Östlichen Partnerschaft. Europa kann dann auch versuchen mit Afrika stärker und partnerschaftlicher zusammenzuarbeiten. Und damit die Globalisierung, aber auch unseren Nachbarkontinent Afrika, nicht China oder den unberechenbaren USA überlassen.

Literatur

- Aiginger, K. (2016). New Dynamics for Europe: Reaping the Benefits of Socio-ecological Transition. Part I: Synthesis. WWWforEurope Synthesis Report. Vienna-Brussels.
- Aiginger, K. (2019 A), Populism and Economic Dynamics in Europe, First Part of the Policy Crossover Center Program on the upcoming European Elections, Policy Crossover Center Vienna – Europe, Policy Paper 1/2019
- Aiginger, K. (2019 B), Analyse der Wahlprogramme für die Europawahlen, Policy Crossover Center Vienna – Europe, Policy Paper 2/2019.
- Aiginger, K. (2019), Populism: Roots, consequences, and counter strategy, VOX CEPR Policy Portal, 20. April 2019.
- Brugner, Ph. (2019), Die Östliche Partnerschaft der EU braucht einen neuen Ansatz, derstandard.at, 13. Mai.
- Gill, I., Raiser, M. (2012). Golden Growth: Restoring the Lustre of the European Economic Model. The World Bank.
- Globsec Trends 2019: Central & Eastern Europe 30 years after the fall of the Iron Curtain, 2019
- Grievesson, R. (2019), EU eastward enlargement: A qualified success, WIIW, 30. April.
- Islam, Sh, Juncker is wrong: Europeans don't need a protective Europe, they want a passionate one, Friends of Europe May 7, 2019
- Krastev, I (2017): After Europe, Penn University Press, 2017
- Magyar, B., Madlovics, B. (2019), Ungarn: Ein Mafia-Staat kämpft für Straffreiheit, derstandard.at, 25. Juni, 2019
- Sercovich, F., C. (2014), Wither Convergence? Catching-up in an Era of Diminished Expectations, in Handbook of Research on Comparative Economic Development Perspectives on Europe and the MENA Region, University of Buenos Aires.
- Soros, G. (2019), An open letter to the 2020 Presidential candidates: It's time to tax us more, June 24th.

Tabelle 1: Konvergenz vor und nach der Finanzkrise

	BIP (KKP)						BIP pro Kopf (KKP)		
	1995/ 2008	2008/ 2018	1995/ 2018	1995- 2008	2008- 2018	1995- 2018	1995	2008	2018
	% -Veränderung p.a.			% -Veränderung kumulativ			EU 15 = 100		
Bulgarien	3,5	2,5	3,1	56,0	28,5	100,5	36,5	38,4	46,6
Tschechien	5,1	2,6	4,0	91,0	29,5	147,3	65,3	75,6	83,8
Estland	9,2	3,2	6,5	215,0	36,4	329,7	29,6	61,7	74,6
Ungarn	5,7	2,6	4,3	105,5	28,7	164,5	43,6	56,4	65,1
Litauen	8,5	2,9	6,0	189,6	32,5	283,5	28,1	56,6	74,7
Lettland	8,5	2,1	5,7	190,0	23,2	257,3	26,2	53,0	64,4
Polen	6,3	4,5	5,5	121,4	54,6	242,4	36,7	49,9	66,9
Rumänien	7,7	3,6	5,9	163,0	42,1	273,8	25,7	45,8	59,7
Slowakei	7,6	2,7	5,4	157,9	29,9	235,0	41,1	64,3	72,4
Slowenien	5,8	1,6	4,0	108,3	17,7	145,2	64,4	80,8	81,0
EU 10	6,3	3,4	5,0	121,0	40,2	209,8	37,9	53,3	66,5
Österreich	4,2	2,5	3,5	71,5	27,9	119,4	112,4	112,7	118,4
Deutschland	3,3	2,5	2,9	52,1	27,5	93,9	112,5	105,4	114,3
Frankreich	4,2	1,8	3,2	71,6	20,0	105,9	98,6	95,7	96,3
EU 15	4,3	1,7	3,2	72,9	18,8	105,4	100,0	100,0	100,0

Q: AMECO. EU 10 = Mitglieder der EU aus Zentral- und Osteuropa ohne Kroatien; EU15 – Mitglieder vor der Erweiterung.

Tabelle 2: Bevölkerung schrumpft, Jugend wandert ab

	Bevölkerung insgesamt			20- bis 29-Jährige		
	2000- 2020	2020- 2050	2000- 2050	2000- 2020	2020- 2050	2000- 2050
	% -Veränderung kumuliert					
Bulgarien	-14,88	-19,99	-31,90	-43,10	-21,21	-55,17
Tschechien	3,87	-1,64	2,18	-35,15	-2,39	-36,70
Estland	-5,66	-4,63	-10,02	-28,76	-6,83	-33,62
Ungarn	-4,13	-5,13	-9,05	-26,33	-12,89	-35,82
Litauen	-21,42	-28,82	-44,07	-32,10	-41,36	-60,18
Lettland	-19,26	-21,22	-36,39	-40,91	-19,84	-52,64
Polen	-0,86	-9,38	-10,16	-21,52	-25,16	-41,27
Rumänien	-14,19	-15,20	-27,23	-44,42	-19,75	-55,39
Slowakei	1,30	-3,61	-2,36	-25,16	-19,98	-40,11
Slowenien	4,37	-1,48	2,82	-29,05	-1,34	-30,00
EU 10	-5,65	-10,23	-15,31	-31,48	-19,73	-45,00
Österreich	12,41	13,79	27,91	11,63	-2,70	8,62
Deutschland	1,87	-1,27	0,58	0,09	-9,33	-9,25
Frankreich	11,61	9,67	22,41	-1,28	8,97	7,58
EU 15	8,93	5,64	15,08	-6,46	-0,93	-7,34

Q: Eurostat. Eurostat. EU 10 = Mitglieder der EU aus Zentral- und Osteuropa ohne Kroatien; EU15 – Mitglieder vor der Erweiterung.

Tabelle 3: Finanztransfers ans Ausland, 2017

	Rücküberweisung Migranten ¹	Nettobeitrag aus EU-Haushalt	Transfers insgesamt
	In % des BIP		
Bulgarien	3,79	2,92	6,71
Tschechien	1,66	1,37	3,03
Estland	1,90	2,09	3,99
Ungarn	3,47	2,66	6,13
Litauen	2,74	3,14	5,88
Lettland	4,15	1,98	6,13
Polen	1,31	1,92	3,23
Rumänien	2,03	1,85	3,88
Slowakei	2,26	1,17	3,43
Slowenien	1,11	0,34	1,45
EU 10	1,97	1,94	3,91
Österreich	0,72	-0,25	0,47
Deutschland	0,45	-0,32	0,13
Frankreich	0,96	-0,20	0,76
EU 15	0,60	0,08	0,68

Q: Weltbank, Eurostat EU 10 = Mitglieder der EU aus Zentral- und Osteuropa ohne Kroatien; EU15 – Mitglieder vor der Erweiterung. ¹ BOP Manual 6.